Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altstadt

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 130 | Dresden, Donnerstag den 5. Juni 1924 | 35. Jahrg.

Das kommunistische Geschwür

I.

Der neue Reichstag hat noch nicht viel Proben seiner Leistungsfähigkeit geben können, aber an dem wenigen, was er bisher geleistet hat, zeigt sich erschreckend deutlich, wie sehr die destruktiven, zersetzenden, arbeitsfeindlichen Tendenzen in diesem Parlament des 4. Mai gewachsen sind. Hüben die Kommunisten, drüben die Völkischen. Zwei Parteien, die im Reichstag sitzen, um sachliche Arbeit zu erschweren oder unmöglich zu machen. Neben den Völkischen die Deutschnationalen, deren reaktionärer Haß gegen alles Demokratische bekannt ist und die von ihren Vertretern mehrfach haben erklären lassen, daß auch sie nur zu Demonstrationszwecken im Parlament sitzen. Trotz allem gibt es in Deutschland noch immer zwei Möglichkeiten der politischen Entwicklung: Die parlamentarisch-demokratische oder die gewaltsame, durch irgend eine Diktatur gekrönte. Für beide Möglichkeiten sind genügend lehrreiche Illustrationen in Europa vorhanden. In Rußland die bolschewistische, in Italien die faschistische Diktatur, in Frankreich und England eine Demokratie, die uns Sozialdemokraten nicht genügt, weil es nur eine politische, aber keine soziale Demokratie ist; aber immerhin eine Demokratie, die friedlichere Wege zeigt, auf denen der Sozialismus sich durchsetzen kann, soweit er überhaupt in den einzelnen Ländern reif dazu ist.

Ob in Deutschland die Geschichte der nächsten Jahre zur Diktatur oder zur demokratischen Entwicklung führt, hat eine Partei wie die Sozialdemokratie allein nicht zu entscheiden. Dabei sprechen außenpolitische Mächte und Verknüpfungen mit, die wiederum starke innerpolitische Wallungen und Strömungen erzeugen. Es kann sich für den Anhänger der Freiheit, der Republik, der sozialen Demokratie nur um die Frage handeln, welcher Weg ihm der idealere, der dem Reifezustande seines Landes angemessenere und welche Möglichkeit der Entwicklung ihm die erstrebenswertere erscheint. Wir Sozialdemokraten haben uns seit jeher deutlich für die demokratische Entwicklung ausgesprochen, und noch heute kann das deutsche Volk diesen Weg nach auswärts sich sichern, wenn es will, denn es hat die demokratischen Grundrechte in der Hand, die es braucht, um ein soziales Wollen durchzusetzen. Aber im Kampf für diese Entwicklung und diesen Weg stößt die Sozialdemokratie auf den Heerhaufen links von uns, der sich auch sozialistisch, auch marxistisch nennt und für sich die Fahne des Kommunismus okkupiert hat, obwohl Sozialismus, Sozialdemokratie und Kommunismus im Sprachgebrauch der marxistischen Theorien keine Widersprüche, sondern zusammenhängende Begriffe sind.

Was zwischen uns und den Kommunisten steht, ist nicht das Endziel, was zwischen uns steht, sind die verschiedenen Anschauungen über die Taktik, die Mittel und Methoden, um zu dem gleichen Ziele zu gelangen. Die Kommunisten hoffen alles von der gewaltsamen Entladung in Deutschland, vom Bürgerkrieg, von weiterer Verelendung der deutschen Volksmassen. Wir lehnen diesen Weg ab, weil Deutschland etwas andres ist als Rußland, weil er bei uns zu einer reaktionären Periode von unbestimmbarer Dauer führen könnte. Wir lehnen ihn auch ab, weil uns der Kampf des Geistes höher steht als der Krieg der Fäuste, Revolver und Handgranaten, und weil es Zeit wird, daß Kriegswahnsinn und Kriegsverrohung abgebaut, statt von neuem entzündet werden. Dafür nennen sie uns Verräter, Schurken — nun, wir haben ja vor einiger Zeit eine Blütenlese aus der Blumensprache der kommunistischen Presse gebracht. Aber mit unflätigen Schimpfereien gegen uns ändern die Kommunisten nichts daran, daß ihr Gebaren innerhalb und außerhalb des Parlaments lächerlich, lausbubenhaft wirkt und noch Schlimmeres ist.

II

Am Dienstag wurde im Reichstag Bericht erstattet über die Ergebnisse des Reichstagsausschusses, der sich mit den Mord- und Terrororganisationen der K. P. D. beschäftigte. Was dabei zutage gekommen ist, werden unsre Leser aus dem Reichstagsbericht ersehen haben. Es wurde vom Ausschuß als erwiesen angesehen, daß die Kommunisten eine Terrororganisation gebildet haben, die mit Meuchelmord, Feme, Gift und ähnlichem Politik machen und die „Revolution vorbereiten" will. Daß die Völkischen dieselben Kampfmethoden belästigen, ohne daß endlich einmal ein Reichsanwalt in das Netz dieser Terrororganisationen eingriffe, macht die Situation für die Kommunisten nicht besser. Der Kommunist Koenen hat gestern im Reichstage allerhand Beschimpfungen auch gegen die Sozialdemokratie losgelassen, aber die gerichtlichen Anschuldigungen gegen die K. P. D. wurden von ihm nicht widerlegt, denn verlogene Redereien sind ja schließlich keine Widerlegungen, und mit dem Schrei nach Amnestie, der in Wirklichkeit gar nicht ehrlich gemeint ist, können die Kommunisten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie eine Taktik vertreten, die immer neue sinnlose Arbeiteropfer in Tod und Gefängnis schicken will.

War die Agitation der Kommunisten seit 1919 gegen uns schäbig, lausbubenhaft und dumm, so ist sie jetzt nach dem Siege des linken Flügels hysterisch und vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus irrsinnig geworden. Der Vorwärts veröffentlicht ein Rundschreiben Nr. 6 der K. P. D. Großthüringen mit dem Vermerk „Datum des Poststempels". Darin werden die Lehren des „Blutsonntags von Halle" gezogen. Es heißt da: „Es hat auf proletarischer Seite schwere Opfer gekostet. Wir wissen, daß wir bis zur Revolution noch schwere Schläge bekommen werden, daß noch mancher fallen wird." Aber die Gegner hätten auch empfindliche Opfer bringen müssen — und im übrigen müsse die Sozialdemokratie vernichtet werden. Wir geben aus dem Rundschreiben folgendes wieder:

> Stellt schleunigst den Parteiapparat um auf die Illegalität! Untertauchen in die Illegalität muß der Parteiapparat sofort ungestört weiterarbeiten können. Keiner belaste sich mit dem Vorwurf, nicht früh genug vorgesorgt zu haben. **Die S. P. D. muß vernichtet werden!** Die S. P. D. ist durch den deutsch-russischen Konflikt und den Blutsonntag von Halle äußerst kompromittiert. Wir müssen eine wütende Hetze gegen alle diese Severing, Hörsing, Runge, gegen die ganze S. P. D.-Führerschaft machen. Es muß hundertmal, tausendmal in der Diskussion von Mann zu Mann in den Betrieben, in den öffentlichen Versammlungen wiederholt werden, daß eine Linie besteht von Noske über Severing bis zum letzten S. P. D.-Führer. **Die neu einsetzende Kampagne gegen die S. P. D. muß so heftig sein, daß ein Arbeiter sich schämen muß, Sozialdemokrat zu sein.** Ausschlußanträge müssen nur so hageln in jenen Organisationen, denen die Ebert, Severing, Hörsing, Runge usw. angehören ... Rückt diesen Verrätern auf den Leibl Es ist eine Voraussetzung für die Revolution, daß die S. P. D. vernichtet wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird auch diese Kampfansage gebührend würdigen und in den Betrieben entsprechend zu beantworten haben. Denn der Zersetzungskampf, den die Kommunisten innerhalb der Arbeiterbewegung bis aufs Messer treiben wollen, ist angesichts der Gefahren, von denen die gesamte Arbeiterschaft rings umlauert ist, ebenso ein Verbrechen, wie die Mittel, mit denen sie arbeiten, um das nötige Agitationsmaterial gegen uns zu erlangen. Sie provozieren Blutbäder, um dann sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten dafür verantwortlich zu machen, um neuen Stoff zum Verrätergeschrei zu haben. Und diese Taktik geht über die Leichen der Arbeiter

III.

Solange der linke Flügel, deren Führer so ziemlich das geistloseste sind, was innerhalb der K. P. D. geführt hat, das Heft in der Hand behält, ist an ein Zusammenarbeiten zwischen K. P. D. und Sozialdemokratie nicht zu denken. Vorläufig hat diese Linke für absehbare Zeit gegen die Mitte und die Rechte in der K. P. D. gesiegt — auch auf dem 13. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands, der Anfang Juni stattfand. Auch dort gab es scharfe Auseinandersetzungen zwischen den Nachfolgern Lenins, den Sinowjew, Stalin, Kamenew usw. und der Opposition um Trotzki, Radek. Schon in den letzten Lebensmonaten Lenins hatte Trotzki die Fahne der Rebellion gegen die Starrheit des bolschewistischen Parteiapparates in Rußland erhoben. Was er forderte, war vor allem mehr Demokratie innerhalb der K. P. D., weniger Abhängigkeit der Bewegung von der Parteibureaukratie. In einem Memorandum an das Zentralkomitee wendet sich Trotzki scharf gegen die Korruption, die sich innerhalb der russischen K. P. D. eingenistet hat und verlangt mehr Meinungsfreiheit für die, die gegen diese Korruption angehen. Es heißt in diesem Memorandum:

> In den letzten anderthalb Jahren entstand eine besondere Sekretärpsychologie, deren Grundzug in der Ueberzeugung besteht, daß der Sekretär in der Lage sei, alle und jede Frage ohne Kenntnis der Dinge zu entscheiden. Wir sehen auf Schritt und Tritt, wie Genossen, die keinerlei organisatorische oder administrative Fähigkeiten aufweisen, solange sie an der Spitze einer Sowjetbehörde standen, in dem Augenblick, wo sie auf den Posten eines Sekretärs gelangen, in diktatorischer Weise über wirtschaftliche und andre Fragen entscheiden. Durch die Anwendung dieser Sekretärmethoden hat die Bureaukratisierung des Parteiapparates ein ungeheuerliches Ausmaß erreicht.
>
> Es hat sich eine ziemlich starke Schicht von Parteifunktionären herausgebildet, die als Bestandteil des Staats- oder Parteiapparates völlig jede eigene Parteimeinung preisgegeben haben, mindestens soweit diese offen zum Ausdruck gelangt, gleichsam als seien sie der Ansicht, daß die Sekretärhierarchie jenen Apparat bildet, der die Meinungen und Entschlüsse der Partei erzeugt. Auf diese Schicht, die sich jeder eigenen Meinung enthält, folgt eine breite Schicht der Mitgliedermasse der Partei, die jede Entscheidung nur in Form einer Aufforderung oder eines Befehls zu Gesicht bekommt. In dieser grundlegenden Schicht der Partei herrscht eine außerordentliche Unzufriedenheit, die zum Teil vollkommen berechtigt, zum Teil durch zufällige Ursachen hervorgerufen ist. Diese Unzufriedenheit wird nicht durch offenen Meinungsaustausch in Parteiversammlungen oder durch Einwirkung der Mitgliedermassen auf die Organisationsleitung der Partei beseitigt, sie häuft sich vielmehr insgeheim an und bildet innere Geschwüre in der Partei.

Trotzki setzt sich dann weiter auseinander mit der bolschewistischen Wirtschaftspolitik, die er in verschiedenen wichtigen Punkten für verfehlt hält. Auf dieses Memorandum hin erfolgte der Bannstrahl der übrigen Diktatoren, die sich in demagogischer Weise der Leninschen Autorität bedienten, obwohl Lenin damals arbeitsunfähig und von den Nebeln seiner geistigen Erkrankung umdüstert war. Trotzki ist auch auf dem Parteitag vollständig unterlegen. Die neuen Päpste haben Lenins Wort für sich mit Beschlag belegt, wie Lenin und Trotzki einst Karl Marx zur Begründung ihrer Anschauung verballhornten und nach ihrem Gedanken „auslegten". Stalin sprach von den „kleinbürgerlichen Abweichungen der Opposition" und erntete stürmischen Beifall. Sinowjew wurde noch aggressiver und erklärte: „In der Broschüre des Genossen Trotzki Der neue Kurs ist keine Spur von Bolschewismus enthalten." Auch in der sächsischen Frage fiel die Entscheidung gegen die Opposition. Radek ergriff hier das Wort, um Brandler zu verteidigen, und führte aus:

> Der Rückzug in Deutschland war unbedingt nötig, da das deutsche Proletariat unbewaffnet, da keine Massenorganisation vorhanden war, da die revolutionäre Lage zu spät erkannt wurde und da die Partei zur Organisierung der Revolution zu schwach war. Während die Genossen der Brandler-Gruppe aus den ältesten Funktionären der deutschen Bewegung bestehen, sind einige der linken Genossen in Deutschland erst vor nicht allzulanger Zeit zur Partei gekommen. Die vortreffliche, aber junge K. P. D. verstand es noch nicht, die Revolution zu organisieren. Die Polemik in Sachsen war fehlerhaft; aber nicht schlechte Parlamentsreden, sondern das Fehlen einer Massenorganisation führte die Niederlage herbei. Genosse Brandler wußte, daß er das Opfer des Rückzuges wird.

Aber auch Radek fiel. Brandler wurde als ein unheilbarer Opportunist angesehen, dessen ganze Haltung in der Frage des Zusammengehens mit den sächsischen Sozialdemokraten falsch gewesen sei. Brandler gehört bekanntlich zum rechten Flügel in der deutschen K. P. D., die ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie in den Parlamenten nicht unter allen Umständen ablehnt. Auch bei der Wahl des Zentralkomitees drückte sich der Sieg des engsten Doktrinarismus aus: Radek wurde nicht wiedergewählt. Und dabei muß man bedenken, daß Radek in Deutschland sich mit seinem Linksradikalismus immerhin in der Mitte der K. P. D. noch sehen lassen kann. Nach den Moskauer Parolen, die bestimmt werden von einer Parteibureaukratie, die bereits allerhand Zeichen der Korruption (siehe Trotzkis Anklage!) aufweist, arbeiten die deutschen Moskowiter. Lenin war immerhin noch ein schöpferischer überragender Kopf, der seine Taktik sehr schnell umstellen konnte, wenn die Verhältnisse oder die Erfahrungen es verlangten. Das Zentralkomitee, das jetzt, seines besten Kopfes beraubt, von Moskau aus die Dritte Internationale dirigiert, ragt über die Linie eines starken Demagogen wie Sinowjew nicht hinaus. Und dieser Senkung des ganzen Geistesniveaus der Moskauer Bischöfe entspricht auch die Taktik der deutschen K. P. D. Für deren Hirnverbranntheit sollen deutsche Arbeiter in den Tod gehen und deutsche Sozialdemokraten sollen Verräter an der Arbeiterschaft sein, wenn sie die Politik und Taktik der deutschen Arbeiterklasse nicht von Asien her bestimmen lassen wollen! Die K. P. D. bedeutet heute, um Trotzkis Wort abzuwandeln, ein schweres inneres Geschwür in der deutschen Arbeiterbewegung, ein Geschwür, das aufgestochen werden muß!

Neuer Sturm im Reichstag

Deutschnationale Verlogenheit — Der unfähige Präsident

SPD. **Berlin**, 5. Juni. (Eig. Drahtm.) Die Einleitung der heutigen Reichstagssitzung, die um 10 Uhr begann, verlief äußerst stürmisch. Für die Mittelparteien verlas zunächst Abg. Scholz (D. Vp.) eine Erklärung, in der es heißt, daß nationale Gründe die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik verlangten. Diese Erklärung wurde mit stürmischen Zwischenrufen auf der Rechten und heftigen Widerspruch aufgenommen. Die Mittelparteien reagierten auf dieses Theater von rechts mit lebhaftem Beifall. Als dann Graf Westarp für die Deutschnationalen die Tribüne des Reichstages bestieg und in seinen Ausführungen fortgesetzt falsche Behauptungen über den Inhalt des Sachverständigengutachtens aufstellte, kam es zu andauernden Zwischenfällen. Insbesondere das Zentrum, die Demokraten und die Sozialdemokraten protestierten gegen die verlogene Art und Weise seiner Beweisführung. Das geschah zeitweise derartig einmütig, **daß Westarp nicht in der Lage war, seine Ausführungen fortzusetzen,** und der Präsident erst einschreiten mußte. Zwischendurch ereignete sich ein neuer Zwischenfall mit dem Präsidenten, der den Abgeordneten Höllein (Komm.) zur Ordnung rufen wollte, weil er dem Grafen Westarp zugerufen hatte, er besitze überhaupt keine Ehre. Höllein verwahrte sich gegen diese Art und Weise der Geschäftsführung mit Recht, indem er dem Präsidenten zurief: „Was hat denn Graf Westarp zu mir gesagt?" Wallraf entschuldigte sich mit dem stürmischen Verlauf der Sitzung, wenn er nicht alle Einzelheiten hören und verfolgen könne. Allgemein verstärkt sich von Tag zu Tag der Eindruck mehr, **daß Wallraf nicht der Mann ist, der uns parteiisch und ordnungsgemäß die Geschäftsführung des Reichstags meistern kann.**

Als dann der bisherige Reichstagspräsident, Genosse Löbe, zu Worte kam, wurden die scharfen Zusammenstöße durch heitere Minuten abgelöst. Scharf, aber sicher, gab er die Deutschnationalen und Deutschvölkischen der Lächerlichkeit preis. Unter der Zustimmung des ganzen Hauses kennzeichnete er die Theorie und Praxis der Deutschnationalen, die eines Tages genau so weit sein würden, wie die Volkspartei, und dem Gutachten ihre Zustimmung geben müßten. Auch die Deutschvölkischen stellte Löbe in das richtige Licht, indem er nachwies, daß sie zwar den „Marxismus" bekämpfen, aber ihr Programm in seinen wesentlichen Teilen von Marx gestohlen sei. Als Löbe dann, nach Widerlegung der deutschnationalen und deutschvölkischen Theorien, die Regierungserklärung behandelt, erklärt er, daß die Sozialdemokratie bereit sei, der Regierung ihre Unterstützung zu geben, unter einer Bedingung: **Verteilung der Lasten in gerechterem Maße.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240605/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG